

Leserbrief vom 19.12.2008

Globale Bevorzugung des Westen wäre falsch

Mit großem Unverständnis habe ich den Vorstoß von Bundeskanzlerin Angela Merkel vernommen, Westdeutschland bei Infrastrukturprojekten besonders zu fördern. Eine Bevorzugung einer Himmelsrichtung halte ich nicht für richtig. Mir missfällt auch, dass der Bevölkerung im Westen in der gegenwärtigen Debatte durch die Medien vermittelt wird, dass es in Ostdeutschland nur blühende Landschaften gibt. Nach gut 20 Jahren Einheit hat der Osten immer noch nicht den Anschluss an den Westen geschafft.

Ich kenne die Unterschiede genau, da ich dienstlich in allen Himmelsrichtungen unterwegs war und regelmäßig in meiner Heimatstadt Gotha bin. Mir blutet förmlich das Herz, wenn ich in meiner Heimatstadt teilweise immer noch über die selben löchernen Straße wie früher fahre oder die zerfallenen Häuser und Reste ehemaliger Betriebe sehe. Die meisten der Betriebe, die zu DDR-Zeiten für den Westen produzierten, sind jedoch inzwischen abgebrochen. Nach der Wende waren die Produkte aus diesen Betrieben plötzlich nicht mehr gut genug und man orderte sie in noch billigeren Ländern. Man wollte ja nie Geschäfte mit dem Devisenbeschaffer der DDR, Alexander Schalck Golodkowski, gemacht haben. Ihm wurde jedoch in Bayern Unterschlupf gewährt, als es ihm in der Wendezeit an den Kragen gehen sollte. Andere Betriebe fielen der Währungsunion zum Opfer, da die Bürgerinnen und Bürger der Noch-DDR mit dem Tag der Währungsumstellung in ihren bisherigen Geschäften plötzlich keine Ostprodukte mehr in den Regalen vorfanden. Sie mussten also Westprodukte kaufen, egal ob sie es wollten oder nicht. Eine Ausnahme bildeten lediglich Kraftfahrzeuge.

An den Fehlern der Wiedervereinigung haben wir noch viele Jahre gemeinsam zu knabbern. Die Arbeitslosenstatistik ist ein Spiegelbild der realen Verhältnisse. Zuletzt lag sie im Osten mit 11,8 % fast doppelt so hoch wie im Westen (6,0 %). Und wenn nicht so viele junge Menschen abgewandert wären, wäre die Arbeitslosenquote im Osten heute noch höher.

Die hohe Arbeitslosigkeit und die teilweise Deindustrialisierung des Ostens hat nicht nur Auswirkungen auf die Sozialkassen, sondern auch auf die

an die WAZ, Recklinghäuser Zeitung, Thüringer Landeszeitung
und Thüringer Allgemeine

Leserbrief vom 19.12.2008

Steuereinnahmen. Nach meiner Auffassung darf deshalb auch der Solidaritätszuschlag nicht einfach wegfallen, er könnte jedoch nach Bedürftigkeit ausgerichtet werden. Es darf auch keine Bevorzugung oder Benachteiligung einer Himmelsrichtung beim Konjunkturprogramm geben. Das Handwerk im Osten geht schon jetzt an Krücken. Das kenne ich aus der eigenen Familie.

Der Solidaritätszuschlag und das Konjunkturprogramm sollten daher nach dem Verhältnis der Steuereinnahmen zur Anzahl der Bürgerinnen und Bürger und in Abhängigkeit von der Arbeitslosenquote festgelegt werden.

Andreas Koch

an die WAZ, Recklinghäuser Zeitung, Thüringer Landeszeitung
und Thüringer Allgemeine